

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Belegpreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Pf. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Pf., bei Postabnahme 3 Pf. 50 H. wöchentlich. Die Abonnementspreise sind in der Geschäftsstelle zu erfragen. Einzelhefte 10 Pf. 50 H. wöchentlich. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Angewandte: Die 8 gepulverte Kammerlinge 20 Pf., die 4 gepulverte Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. wöchentlich, die 8 gepulverte Kammerlinge im wöchentlichen Teil 1 Pf. wöchentlich. Nachbestellungsgeld 20 Pf. wöchentlich. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rößten behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 212 — 90. Jahrgang Teleg.-Abdr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Druckerei Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 11. September 1931

## Die Fahrt nach Berlin.

Seit jener Kundstunde des deutschen Reichskanzlers, in der er es als wünschenswert erklärte, mit den französischen Staatsleitern zu einer persönlichen Aussprache zu kommen, sind Monate vergangen. Zahlreiche, bedeutungsvolle, schicksalhafte Ereignisse liegen in der Zeit von damals bis heute, Ereignisse und — Erfahrungen. Der Besuch Dr. Brüning's in Paris und die gemeinsame Fahrt mit Laval und Briand nach London zur Konferenz, — aber auch die Reise des deutschen Außenministers nach Genf und die jüngsten Vorgänge, die sich dort abspielten, — das alles sind nicht bloß ein paar äußere Daten, sondern auch der Außenwelt sichtbare Etappen einer, für Deutschland unangenehmen Entwicklung, die ständig unter dem französischen Druck stand. Daß wir deswegen keine übermäßige Liebe zu Frankreich hegen, ist wohl zu verstehen. Und wenn die französischen Staatsleiter zum Gegenbesuch nach Berlin kommen, können sie wirklich nicht vom deutschen Volk verlangen, Ehrenforten zu setzen oder einen über die selbstverständlichen einer Gastfreundschaft hinausgehenden Empfang zu veranstalten. Dafür wäre heute die Zeit wirklich noch nicht reif.

Deswegen haben die Diplomaten auf beiden Seiten auch Mühe und Arbeit genug gehabt, um diesem erstmaligen Besuch eines französischen Ministerpräsidenten in der deutschen Reichshauptstadt „diplomatisch“ die Wege zu ebnen. Es gehört ja allenthalben Verlässlichkeit dazu, diesen Besuch so zu arrangieren, daß kein Schaden geschieht. Wenn Andeutungen über den Inhalt der beabsichtigten Besprechungen zwischen den Franzosen und ihren deutschen Gastgebern richtig sind, so dürfte man wohl über „Politik“ gar nicht miteinander konferieren. Hier bluten die deutschen Wunden denn doch noch allzu frisch. Und wenig geschah bisher von Paris aus, um diese Blutung zum Stillstand zu bringen. Selbst die üblichen Nebesachen blieben aus.

Aber auch wenn „vom Thema nicht gesprochen werden darf“, so gibt es — abseits der Politik — Themen genug, die der Ber- und Behandlung bedürfen und die man jedenfalls auf deutscher Seite ganz nüchtern und unpolitisch diskutieren kann. Es heißt, daß die eigentliche Frucht des Berliner Besuchs der Franzosen die Schaffung eines gemeinsamen wirtschaftlichen Verständigungsausschusses sein soll, der Plan ist — vor zehn Jahren — schon einmal aufgetaucht und es kam in Wiesbaden auch schon zu entsprechenden Verhandlungen zwischen dem damaligen Außenminister Dr. Rathenau und dem französischen Wiederaufbauminister Lougher, einem der bedeutendsten Führer der Schwerindustrie Frankreichs. Aber es blieb bei dem „zufriedenstellenden“ Versuch. Aber seit gerade vier Jahren besteht jetzt der deutsch-französische Handelsvertrag; daß er die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern sich überraschend schnell zugunsten Deutschlands entwickeln ließ, empfindet man in Frankreich recht schmerzhaft und daher spielt man dort mit dem Gedanken der Kündigung; außerdem leistete man sich mit dem jüngsten, unbefristeten Verbot jeglicher Wein- und Holzeinfuhr eine Maßnahme, die von Deutschland als ein Verstoß gegen den Handelsvertrag betrachtet wird. Auch wir hätten gern die Weinsteuern eingedämmt, die bis 1925 durch das „Loch im Westen“ hereinströmten! Aber wir hätten es mal versuchen sollen...

Man spricht bei den Erörterungen über die wirtschaftlichen, namentlich die kreditpolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich nicht von „Politik“, aber diese legt wie Banque's Geist am Tisch der Verhandlungen. Und schon nach der Haager Konferenz 1929, als der Young-Plan zustande gebracht war, sollte ja eine endliche und wirkliche „Liquidierung der Kriegsschulden“ herbeigeführt werden. Es genügt wohl auf das Scheitern der Saarverhandlungen hinzuweisen, um darzutun, daß die Politik jenen Wunsch doch nicht zur Wirklichkeit werden ließ; den Blick nach Polen hinüberzuwenden, erdriegt sich völlig. Ganz abseits der Politik sind aber doch zwischen einzelnen Wirtschaftszweigen Deutschlands und Frankreichs Verständigungen erreicht worden.

Und doch bleibt immer, immer ein — vom deutschen Standpunkt aus berechtigter — politischer Rest bei dem Gedanken an den Besuch der französischen Staatsmänner in Berlin. Ganz anders wird das sein als das Erscheinen Macdonalds, Hendersons, Stinsons vor anderthalb Monaten. Die Vertreter jener Macht kommen zu uns, die unser Hauptgläubiger ist und seit zwölf Jahren immer wieder wie Sisyphos auf seinem Schein — oder mehr — bestand und das „Pfund Fleisch“ von uns nicht bloß einforderte, sondern heranschnitt, ohne Rücksicht auf das dabei vergossene Blut. Davor zu denken, ist keine „unpolitische Sentimentalität“. Und sich dessen zu erinnern, kann uns auch der Besuch der Staatsleiter Frankreichs nicht verbieten. Mit den Dingen so zu rechnen, wie sie sind, ist Sache des Staatsmanns, — aber jenseits dieser nüchternen Feststellung gibt es noch anderes, jene „unponderablen“, wie Bismarck sie nannte, jene unvorhergesehenen, aber vorhandenen Stimmungen, die man vielleicht unter dem Druck übermächtiger Wirklichkeiten verbirgt, die aber doch Leben sind, Leben besitzen und sich eines Tages doch zum Licht emporrängen können.

## Abrüstung, Verständigung, Krise

### England und die deutsch-französische Verständigung.

Große Rede Lord Robert Cecil's in Genf.  
Lord Robert Cecil, der erste Vertreter Englands auf der Vollversammlung des Völkerbundes, hielt in der Generalsprache eine politische Rede, die allgemein größtes Aufsehen erregte und vielfach von stürmischen Beifall unterbrochen wurde. Lord Robert Cecil befaßte sich eingehend mit den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. Der Redner erklärte u. a.:

Die Lage Deutschlands  
Sei heute ein besonderes Zeichen für die Wirtschaftskrise. Deshalb müsse sie besonders berücksichtigt werden. Eine Verlängerung der abgelaufenen Kredite müsse unbedingt erreicht werden. Auch sei es unerlässlich, die notwendigen Bedingungen zu schaffen, damit Deutschland die notwendigen Kredite erhalte, um seine Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Eine entscheidende Rolle in der gegenwärtigen Krise spiele heute die Politik.

Die internationale politische Lage  
Sei nicht unglücklich. Es wäre gefährlich, Prophezeiungen für die Zukunft zu machen, oder niemals in der Geschichte der Menschheit sei bisher ein Krieg so wenig wahrscheinlich gewesen wie heute. Niemand von den zahlreich versammelten Staatsmännern könne die Auffassung vertreten, daß ein Krieg in absehbarer Zeit drohe. Es sei heute nicht an der Zeit, an die Revision der bestehenden Verträge zu denken, denn ein derartiges Vorgehen würde nur Unruhe und Unsicherheit schaffen. Nichts sei so geeignet zur allgemeinen Verriedung, Überwindung der Krise, Wiederherstellung des Vertrauens sowie zu der dringend notwendigen Invektion der Kapitalien wie

die allgemeine Abrüstung.  
Wie ernst das Abrüstungsproblem sei, zeige die folgende Tatsache: In vielen Ländern wie in England, Frankreich, Italien, Amerika usw. seien in der letzten Zeit groß angelegte Manöver durchgeführt worden. Solche Manöver zeigten die wahre Bedrohung der Welt durch die Rüstungen. Wie wäre es möglich, heute vom großen Publikum die Investierung der Kapitalien zu verlangen, wenn gleichzeitig auf der anderen Seite die modernen Mittel zur

Verstärkung der Wirtschaft und der Bevölkerung geschaffen würden, wodurch die wirtschaftliche Grundlage der Kapitalinvestierung jeden Augenblick vernichtet werden könnte. Das gleiche gelte für die Land- und Seemarine. Es müsse unterstrichen werden, daß die einmütige Zustimmung der Welt eine Vertragung der am 2. Februar 1932 beginnenden Weltabrüstungskonferenz nicht zulassen würde. Die englische Regierung werde eine Vertragung der Abrüstungskonferenz auch nicht um einen Tag zulassen.

Grandis Rede  
und sein Vorschlag, die Rüstungen bis zum Abschluß der Konferenz nicht weiterzuführen, sei von größter Bedeutung. Die

### Ein deutsch-französischer „Verständigungsausschuss“.

Was der französische Besuch bringen soll.  
Die Genfer Vorbereitungen über den Berliner Besuch Laval's und Briand's sind beendet. Staatssekretär von Wilton ist wieder nach Berlin zurückgekehrt. Während der 48stündigen Anwesenheit des Staatssekretärs in Genf hat keinerlei Zusammenkunft zwischen ihm und den französischen Ministern stattgefunden. Der Genfer Besuch des Staatssekretärs hat, wie von deutscher zuständiger Seite erntet festgestellt wird, ausschließlich internen Besprechungen über die Vorbereitung des Berliner Besuchs der französischen Minister gegolten. Wilton wird, wie betont wird, dem Reichskanzler die Wünsche und Anregungen des Reichsaußenministers für den Berliner Besuch der Franzosen übermitteln. Der neue französische Botschafter in Berlin, François Poncelet, hat sich nach Paris zurückbegeben, um auch dort gemeinsam mit Laval die Vorbereitungen für den Berliner Besuch zu treffen. In französischen Kreisen wird ausdrücklich geltend gemacht, daß Briand an den zurzeit geführten vorbereitenden Verhandlungen keinerlei Anteil nimmt.

Das Programm der Berliner Besprechungen zwischen dem deutschen und französischen Ministern wird entgegen dem in der französischen Presse entwickelten Programm hauptsächlich die Einsetzung eines deutsch-französischen wirtschaftlichen Verständigungsausschusses zum Gegenstand haben. Es besteht bereits der seit längerer Zeit erdrierte Plan, sowohl auf deutscher wie auf französischer Seite je einen Ausschuss wirtschaftlicher Sachverständiger einzusetzen, die dann gemeinsam die Fragen einer Angleichung der deutschen und französischen Wirtschaftsinteressen prüfen sollen.

An dem bisherigen Zeitpunkt für den Franzosenbesuch, 26. und 27. September, wird ebenso wie an Berlin als Treffpunkt festgehalten. Von deutscher zuständiger Seite wird nachdrücklich betont, daß eine Verlängerung des Besuchs nach Baden-Baden bisher überhaupt nicht erdriert worden sei.

englische Regierung befindet sich in voller Übereinstimmung mit diesem Vorschlag.  
Zwei große Nationen, deren Führer anwesend seien, und die, jede in ihrer Art, an der Spitze der Zivilisation ständen, bildeten heute einen der Hauptpunkte der internationalen Lage. Wenn zwischen Deutschland und Frankreich eine wahre Annäherung nicht in Worten, sondern in Taten erreicht werde, so würden damit 75 Prozent der Unruhe der Welt verschwinden. (Stürmischer Beifall.) In der Presse sei darauf hingewiesen worden, daß die englische Regierung sich gegen eine solche Verständigung zwischen diesen beiden großen Nationen wende. Dies sei eine schamlose Verächtlichung.

Niemals habe es einen Engländer gegeben, der derartiges gesagt habe. Wir wollen alle, wieviel von der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich heute abhängt. Die englische Regierung und das englische Volk haben das Vertrauen, daß die Krise überwunden werden kann. Die Ausführungen wurden mit langanhaltendem stürmischen Beifall aufgenommen.

### Abrüstungspropaganda in Holland.

30 Prozent der Bevölkerung für Abrüstung.  
In sämtlichen holländischen Tageszeitungen wurden etwa vier Wochen lang Formulare veröffentlicht, durch deren Unterzeichnung die Leser ihr Interesse an der Förderung der internationalen Abrüstung bekunden konnten. Die zur Unterzeichnung vorliegende Eingabe drückte den Wunsch aus, daß die bevorstehende Abrüstungskonferenz Maßnahmen ergreifen möchte, die geeignet seien, zur Abrüstung der Völker zu führen. Die Eingabe ist, wie jetzt bekanntgegeben wird, von weit über 2400000 Holländern im Alter von über 18 Jahren unterzeichnet worden. Das sind etwa 30 Prozent der gesamten Bevölkerung Hollands. Die Eingabe wird vom Vorstand des Vereins der niederländischen Presse in Genf überreicht werden.

### Italiens Rüstungsstand.

Die Denkschrift Italiens in Genf überreicht.  
Die italienische Regierung hat die Denkschrift über den Rüstungsstand Italiens dem Generalsekretär des Völkerbundes zugestellt. Die Note wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. In einem kurzen Begleit Schreiben verweist die italienische Regierung auf den bisher von Italien in der Abrüstungsfrage eingenommenen Standpunkt. Ferner sind der Note die vom Abrüstungsausschuss ausgearbeiteten und ausgefüllten Tabellen beigelegt. Daraus geht hervor, daß Italien gegenwärtig 280 000 Mann unter den Waffen hat und 1500 Kampfflugzeuge besitzt. Der italienische Militärbauhaushalt wird mit 6 Milliarden Lire angegeben.

### „Das Reparationsproblem wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden.“

Bundesrat Motta vor dem Völkerbund.  
Der schweizerische Bundesrat Motta befaßte sich in seiner Rede vor der Vollversammlung des Völkerbundes mit der Weltwirtschaftskrise und unterstrich, daß der Völkerbund nicht leben könne, solange ein einzelnes Mitglied, Deutschland, notleidet. Es sei zu bedauern, daß die bisher zur Überwindung der Krise angewandten Mittel in keiner Weise im Verhältnis zu dem angestrebten Ziele ständen. Mit großem Nachdruck wies Bundesrat Motta auf die Bedeutung des Layton-Berichts hin. Der Hoover-Vorschlag habe zunächst nur eine vorläufige Lösung des internationalen Schulden- und Reparationsproblems gebracht, jedoch sei damit das wichtige Problem der Reparationen aufgerollt und würde nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden, bis eine Lösung gefunden sei. Von der Abrüstungskonferenz erwarte er positive Ergebnisse, er müsse jedoch schon heute vor übertriebenen Hoffnungen warnen.

### Minderheitenfragen im politischen Völkerbund-

ausschuss.  
Die deutsche Abordnung hat in der Vollversammlung des Völkerbundes beantragt, den die Minderheitenfragen behandelnden Teil des Jahresberichts des Generalsekretärs an den sechs (politischen) Ausschuss zu verweisen. Der deutsche Antrag bezweckt, auf diese Weise im politischen Ausschuss eine grundsätzliche Aussprache über die Minderheitenfrage herbeizuführen.

### Die Sparmaßnahmen der Länder.

Sachsen, Bayern, Baden, Hessen und Württemberg am Beratungskreis.  
Die Regierungen von Sachsen, Bayern, Baden, Hessen und Württemberg berieten im württembergischen Staatsministerium über die Sparmaßnahmen zum Ausgleich der Haushalte der Länder und Gemeinden.

Einmalig...  
Zunächst...  
Einmalig...  
Zunächst...  
Einmalig...  
Zunächst...